



21/2010

Kiel, 27. Januar 2010

Landtag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

Kiel (SHL) - Am heutigen Internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus hat der Schleswig-Holsteinische Landtag zu Beginn seiner Tagung eine Schweigeminute eingelegt. Landtagspräsident Torsten Geerdts richtete zuvor folgende Worte an die 95 Abgeordneten des Landesparlamentes:

Heute vor genau 65 Jahren, am 27. Januar 1945, erreichte die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz und befreite fast 8.000 völlig entkräftete Menschen. Für 1,2 Millionen nach Auschwitz Deportierte aus ganz Europa hingegen war es bereits zu spät. Sie waren der mörderischen Vernichtungsmaschinerie des nationalsozialistischen Regimes zum Opfer gefallen. Auschwitz ist zum Synonym für den Holocaust geworden und die Befreiung dieses Vernichtungslagers steht daher für die Befreiung Deutschlands von der mörderischen Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus.

Der 27. Januar wird seit 1996 in Deutschland und seit 2005 auch weltweit als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Als Teil unserer Weltgesellschaft gedenken wir heute auch hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag und bei unserer Gedenkveranstaltung heute Abend in Rendsburg aller Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden.

Unzählige Menschen aus Schleswig-Holstein verloren ebenfalls ihr Leben durch Deportation und Ermordung. Sie waren Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende, Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure. Sie alle wurden ermordet, nachdem ein menschenverachtendes, aber dennoch lange Zeit von begeisterten Massen getragenes, skrupelloses Regime sie ihrer Bürgerrechte beraubte, ihnen ihre Menschenwürde nahm und sie schließlich endgültig um Leib und Leben brachte.

In deutschem Namen wurde ein bis heute unvergleichlicher millionenfacher Völkermord begangen, der mit Worten nur schwer zu beschreiben ist. Noch heute verstummen wir angesichts des Leides der Opfer, ihrer Angehörigen und Freunde. Zugleich aber bekennen wir uns zu unserer besonderen Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz. Wo immer wir auf Anzeichen von Diskriminierung und Ausgrenzung stoßen, sind wir gefordert, Zivilcourage zu zeigen und Verantwortung für unsere Mitmenschen zu übernehmen. In unserer demokratischen Gesellschaft, deren erklärtes Ziel die Wahrung der Menschenrechte ist, darf es keine Menschen erster und zweiter Klasse geben.

Wir alle sind daher in der Pflicht, unseren Teil zu einer auf Chancengerechtigkeit angelegten Politik beizutragen. Die Grundrechtsartikel in unserer Verfassung haben seit ihrer Abfassung vor gut 60 Jahren nichts an Aktualität eingebüßt. Wir stehen gemeinsam dauerhaft in der Verantwortung, die geschriebene Verfassung zu einer gelebten zu machen.